

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum Abschluss des Jahres konnten wir im offiziellen Teil unserer Landesvertreterversammlung noch einmal ein Thema ansprechen, das großes Interesse bei den Medien fand. Rechtsverweigerer (Reichsbürger) beschäftigen immer mehr Gerichte und Behörden und das Problem wird zunehmend auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Wichtig ist, dass wir als Justiz die Problematik ernst nehmen und bestmöglich vorbereitet sind auf eventuelle Kontakte mit dieser Szene.



Das Jahr 2017 war leider wieder geprägt durch unseren ständigen Kampf um eine bessere personelle Ausstattung der Justiz. Ein kleiner Erfolg war die Schaffung von insgesamt 15 zusätzlichen Stellen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im aktuellen Doppelhaushalt. Das reicht natürlich nicht aus. Deshalb werden wir uns auch im kommenden Jahr für Verbesserungen einsetzen mit dem Ziel PEBB§Y 100%. Aber auch die Besoldung muss auf der Agenda bleiben. Um in diesen Bereichen unsere Argumentationsbasis zu verbessern, beabsichtigen wir eine landesweite Umfrage bei den Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten. Schon jetzt bitte ich Sie, uns durch rege Teilnahme an der Befragung zu unterstützen. Viele weitere Themen, insbesondere die kritische Begleitung der Einführung der elektronischen Akte und deren Auswirkungen auf unseren Arbeitsalltag stehen auf der Liste für das kommende Jahr.

Zunächst aber wünsche ich Ihnen im Namen des Präsidiums und des Vorstandes schöne, besinnliche und ruhige Weihnachtsfeiertage und einen guten und gesunden Start in das Jahr 2018.

Thomas Edinger

Landesvertreterversammlung am 04. Dezember 2017

Bad Kreuznach. Die diesjährige Landesvertreterversammlung fand dank des engagierten Einsatzes des dortigen Bezirksvereinsvorsitzenden Ri Eugen Birnbaum am 04.12.2017 im Bad Kreuznacher Haus des Gastes statt und war, gerade im offiziellen Teil am Vormittag, gut besucht. Den einführenden Grußworten des Landesvorsitzenden DirAG Thomas Edinger und der Oberbürgermeisterin Dr. Heike Kaster-Meurer folgten Ansprachen des Bundesvorsitzenden Jens Gnisa und des rheinland-pfälzischen Justizministers Herbert Mertin, die einmal mehr die zunehmenden Herausforderungen, denen sich die Justiz zu stellen hat, in den Blick nahmen. Die Themenschwerpunkte lagen dabei u.a. in der Einführung der elektronischen Akte, geplanten Gesetzesreformen und dem anhaltenden Personal- und Besoldungsdiskurs. Der Bundesvorsitzende Gnisa hob aber auch hervor, dass in den letzten zwei Jahren ein Wandel eingetreten sei und eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Nöte der Justiz stattgefunden habe, was neben wachsenden Sicherheitsängsten in der Bevölkerung, potenziert etwa durch die allgemeine Flüchtlingsdebatte wie auch konkrete Vorfälle (z.B. Kölner Silvesternacht), auch der verstärkten Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Richterbundes zu verdanken sei. Dabei mahnte er aber bei allen Problemfeldern in der deutschen Justiz auch, die gegenwärtig teils erschütternde Situation der Justiz anderer Länder, namentlich der Türkei und Polen, nicht zu vergessen.

Auch vor einer weiteren Herausforderung dürfen die Augen nicht verschlossen werden und so stand die diesjährige Landesvertreterversammlung unter dem Motto „Rechtsverweigerer (Reichsbürger) - Eine Herausforderung für die Justiz?!“, zu dem DirAG Walter Groß (Amtsgericht Fürth/Bayern) das Hauptreferat hielt. Anhand von Videomaterial zeigte er eindrucksvoll die besonderen Schwierigkeiten im Umgang mit „Reichsbürgern“ auf, zu denen der Landesvorsitzende Edinger bereits einleitend klargestellt hatte, der Begriff sei eigentlich irreführend; es handle sich gerade nicht um „Bürger“, die begrifflich eine gewisse Gesetzestreue implizieren, sondern um das Gegenteil, mithin „Rechtsverweigerer“. Nach dem Vortrag des Hauptreferenten blieb auch kein Zweifel, dass man dieses Phänomen nicht als „harmlose Spinnerei“ abtun kann, sondern eine Vielzahl dieser Personen gewaltbereit, teils (legal oder illegal) bewaffnet, ist und organisiert Amtsträger bedroht und eingeschüchtert wie auch Trophäen über das - hierdurch provozierte - amtliche Versagen gesammelt und ins Netz gestellt werden.



v.l.: Gnisa, Dr. Kaster-Meurer, Mertin, Groß, Edinger

Nach dem gelungenen offiziellen Teil und kulinarischer Stärkung fand am Nachmittag der interne Teil der Landesvertreterversammlung statt. Dabei ging der Vorsitzende auf die anstehenden Pilotprojekte der E-Akte in Kaiserslautern und Bad Kreuznach, vor allem aber auf die zunehmend problematische Nachwuchsgewinnung ein. Angesichts fortschreitender Verschlechterung der Arbeitsbedingungen (knappe Personaldecke, wachsende Leistungsverdichtung, über Jahre „zusammengestrichene“ Besoldung bei zugleich steigenden Leistungsanforderungen) mangelt es der Justiz gegenüber anderen Betätigungsfeldern zunehmend an qualifizierten Bewerbern, was weitere Personal- und/oder zusätzliche Leistungsdefizite für die Zukunft gerade bei absehbaren Pensionierungswellen einstellungsstarker Jahrgänge besorgen lässt. Darüber hinaus berichtete er über die Möglichkeit, dass der Landesverband 2018 eine neue, vom Bundesverband bereitgestellte Homepage erhält, während die Frage der elektronischen Mitgliederverwaltung weiterhin offen bleibt. Thema war auch die Darstellung des Bereitschaftsdienstes in PEBB§Y und der Umgang mit zurückgewiesenen Reisekostenanträgen.

Der Vorsitzende wies zudem darauf hin, dass noch eine Vertretung des Landesverbandes in der DRB-AG „Richterliche Ethik“ gesucht wird. Eine Vertretung auch des hiesigen Landesverbandes erscheint wünschenswert und es wird gebeten, in den Fach- und Bezirksvereinen nach geeigneten Kandidaten/innen Ausschau zu halten bzw. solche vorzuschlagen. Der voraussichtliche Arbeitsaufwand liegt bei ein bis zwei Sitzungen im Jahr in Berlin - Reisekosten werden vom Landes- bzw. Bundesverband übernommen.

Es folgte der Bericht der Assesorenvertreterin, die seit Amtsantritt eine Vielzahl von Maßnahmen zur Assessorenförderung initiiert und beworben hat. Voraussichtlich für März 2018 ist eine bezirksübergreifende Assessorenveranstaltung, zugleich Werbeveranstaltung für den Deutschen Richterbund, in Mainz geplant. Sie wird die Bezirksverbände rechtzeitig vorher per E-Mail anschreiben und bittet insofern um Mithilfe,

dass ihr die Kontaktdaten aktueller Assessoren im Bezirk zur Verfügung gestellt werden. Ferner dankt sie allen Assessorenvertretern/innen der Bezirksvereine für die bisherige gute Zusammenarbeit und bittet die Bezirksvereine, weiter an Assessoren - möglichst zeitnah nach deren Einstellung in den Justizdienst - heranzutreten und sie als Mitglieder zu werben.

Nach den Berichten des Kassenführers sowie des Kassenprüfers und erfolgter Entlastung wurde RinOLG Martina Kohlmeyer (OLG Koblenz) für den Rest der Amtsperiode in das Präsidium des Landesverbandes gewählt. Sie übernimmt das Amt von Thomas Henrichs, der nach Ernennung zum Ministerialdirigenten aus dem Präsidium ausgeschieden ist, und wird die Themen „Informationstechnologie und Homepage“ bearbeiten.

Des Weiteren wurde VRLG Reinhard Endell nach 15 Jahren Tätigkeit im Präsidium (2001-2016), davon 12 Jahre als stellvertretender Landesvorsitzender, aufgrund seines großen Engagements zum Ehrenmitglied des Landesverbandes Rheinland-Pfalz des Deutschen Richterbundes gewählt.



v.l.: Edinger, Endell

Weiterhin wurden die in der Bundesvertreterversammlung vom 10.11.2017 in Hannover verabschiedeten Thesen zu religiösen Zeichen im Gerichtssaal diskutiert. Eine ausdrückliche gesetzliche Regelung über das Tragen religiöser Kleidungsstücke und Zeichen sowie politischer und weltanschaulicher Zeichen wird danach durchweg befürwortet, die nähere Ausgestaltung bedarf aber umfangreicher Abwägung und konnte daher nicht abschließend beraten werden.

Die ebenfalls diskutierte (weitere) Öffnung der Altersgrenze für Richter/innen und Staatsanwälte/innen über ein Alter von 67 Jahren hinaus („67 plus“), etwa in Form einer freiwilligen Verlängerung auf 68 Jahre, wurde einhellig abgelehnt.

Der Vorsitzende wies zuletzt darauf hin, dass die kommende „große“ Delegiertenversammlung mit Neuwahlen 2019, voraussichtlich im Frühjahr, stattfinden wird. Für das kommende Jahr bittet er die Bezirks- und Fachvereine um Unterstützung bei der Durchführung der bereits beschlossenen Umfrage zur beruflichen Belastung der Richter/innen und Staatsanwälte/innen.

Impressum

Herausgeber:

Deutscher Richterbund – Landesverband Rheinland-Pfalz
Kreuznacher Str. 37
67806 Rockenhausen
www.richterbund-rlp.de

Redaktion:

RinLG Dr. Geraldine Morguet
Landgericht Mainz

DirAG Thomas Edinger
Amtsgericht Rockenhausen

Onlineausgabe Dezember 2017